



Foto: Eckhard Collmann

Irritierend beschriftetes Hinweisschild auf den Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ in der Rendsburger Landstraße in Kiel-Hassee – es wurde nach wenigen Tagen wieder entfernt.

Frank Omland

Vom Umgang mit Geschichte

Das Beispiel des Gedenkortes „Arbeitserziehungslager Nordmark“ in Kiel

Gedenk- und Gedächtnisorte zur nationalsozialistischen Vergangenheit lassen sich allgemein als „ästhetisch-politisches Handlungsfeld“ begreifen, auf dem die Rezeption und Deutung des historischen Geschehens von verschiedenen Akteuren einer pluralistischen Erinnerungskultur verhandelt wird.¹ Im Folgenden soll der heutige Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ als Beispiel für die Entwicklung des öffentlichen Gedenkens in der Landeshauptstadt Kiel erörtert werden – und zwar aus der spezifischen Perspektive des Arbeitskreises für die Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (AKENS), der die inhaltliche Gestaltung dieses Gedenkortes übernommen hat.

Trauern – Gedenken – Erinnern: auch in Kiel?

Der 2002/2003 errichtete Gedenkort erinnert an eine ehemalige Haftstätte der schleswig-holsteinischen Gestapo, das „Arbeitserziehungslager Nordmark“ (AEL), das zwischen Sommer 1944 und Mai 1945 bestand. Primär war das „AEL“ als Instrument der Abschreckung gegenüber Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern eingerichtet worden. Diese standen beim NS-Verfolgungsapparat unter dem Generalverdacht, in den Betrieben gegen die Herrschaft der Nationalsozialisten aufzubegehren. Deshalb konnte jedes vermeintliche oder unterstellte „Vergehen“ – von „Arbeitsbummelei“ über Streit mit Vorgesetzten bis zum Fernbleiben von der Arbeit oder zur versuchten Flucht ins Heimatland – für die Gestapo als Verhaftungsgrund herhalten. In dem KZ-ähnlichen Lager fielen mindestens 578 Menschen den unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen zum Opfer oder wurden gezielt durch die Wachmannschaften ermordet.²

Der Verfasser folgt im vorliegenden kurzen Abriss einer erinnerungskulturellen Systematik, die Thomas Lutz, Leiter des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors (Berlin), in einem Beitrag vorgestellt hat. Es soll beleuchtet werden, ob sich die Dreiteilung Trauern – Gedenken – Erinnern auch in Kiel für die Nachkriegsgeschichte des Umgangs mit der NS-Vergangenheit nachvollziehen lässt.³ Abschließend soll kritisch auf das offizielle Verhalten der Stadt Kiel in Sachen Gedenken eingegangen werden.



Quelle: Fotosammlung Stadtbücherei Kiel

Russee Labour Camp mit zwei Holzkreuzen für die Opfer des „AEL Nordmark“ (Juni 1947). In diesem Bereich waren drei Massengräber mit 108 Toten aufgefunden worden

Erste Phase: Trauer der Überlebenden

Nach der Befreiung des Lagers durch britische Truppen Anfang Mai 1945 fand das Gedenken vor Ort quasi unter Schirmherrschaft der Alliierten statt. Zumindest für die größeren ehemaligen Konzentrationslager veröffentlichten Überlebende ihre leidvollen Erlebnisse, und es gab „ein breites Gedenken an die NS-Opfer“. ⁴ Dieses wurde getragen durch ehemalige politische Gefangene und insbesondere von der KPD-nahen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) bzw. ihrem sozialdemokratischen Pendant. ⁵ Im Zentrum stand neben dem moralischen Imperativ des „Nie wieder!“ das individuelle Trauern um die von den Nationalsozialisten ermordeten Menschen. ⁶

In Kiel wurden in dieser Phase die leerstehenden Gebäude und Baracken des ehemaligen „Arbeitserziehungslagers“ zum Transitlager für „Displaced Persons“. Bei letzteren handelte es sich in der Regel um von den Nationalsozialisten und ihren Verbündeten im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppte Menschen, die auf ihre Repatriierung warteten; Ende Mai 1945 waren es 2.600 Bürger aus der Sowjetunion. ⁷

342

Das „Russee Labour Camp“, so die Bezeichnung der Besatzungsbehörden, bestand bis Ende 1948. In diese Zeit nach Ende des Kriegs fiel auch die erste Phase des Gedenkens. Irgendwann im Jahr 1946/47 errichteten

vermutlich ehemalige polnische Zwangsarbeiter zur Erinnerung an die im „AEL“ ermordeten Menschen Gedenksteine.⁸ Diese sind auf einem Foto der britischen Behörden zu erkennen, das im Juni 1947 entstand und auch zwei Holzkreuze zeigt. Wann und von wem diese Kreuze später abgebrochen wurden, ist nicht mehr zu klären.

Zweite Phase: Verklärung und Verleugnung

Ende der 1940er Jahre begann mit dem Kalten Krieg eine Phase, die den Abbruch einer sichtbaren Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus mit sich brachte.⁹ Hinzu kam ein Antikommunismus, der bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet war und dazu führte, dass eine reflektierte Auseinandersetzung mit Verfolgung bzw. Widerstandshandlungen der Jahre 1933 bis 1945 stark behindert wurde.¹⁰ Es dominierten Zeitzeugenberichte von Kriegsveteranen und die Leugnung der NS-Verbrechen.

Parallel dazu wurden die so genannten Kriegsgräberfriedhöfe ausgebaut; eine Nivellierung des Totengedenkens fand statt.¹¹ Die Zerstörung einiger Denkmäler für die NS-Verfolgten und der Ausbau des Eichhof-Friedhofs mit einem zentralen Ehrenmal (1951) sowie bis 1954 ausgebauten Ehrenanlagen auf dem Kieler Nordfriedhof fallen in diese Phase.¹²

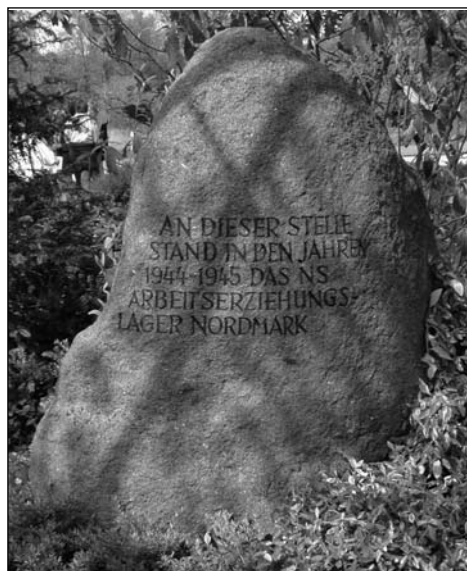
Auf dem Gelände des ehemaligen „Arbeitserziehungslagers“ wurden ab 1948 wegen des Wohnungsmangels Flüchtlinge untergebracht und gleichzeitig Gewerbeansiedlungen vorgenommen. Überbauung und Abrisse gingen einher mit dem Verschweigen der Lagergeschichte, so dass die ahnungslosen neuen Bewohnerinnen und Bewohner erst durch Exhumierungen und Leichenfunde im August 1949 mit der Vergangenheit des Ortes konfrontiert wurden.¹³

Mit dem Auszug der letzten Bewohner Anfang 1961, dem Ausbau des Gewerbebereichs und dem Anlegen von Sportanlagen wurde dem Verdrängen und Nicht-Gedenken Vorschub geleistet, obwohl es 1962 bei Bauarbeiten am Seekoppelweg noch zu einem spektakulären Leichenfund kam.¹⁴

Dritte Phase: Das Aufkommen der Geschichtswerkstätten

Ende der 1960er Jahre begann eine Generation damit, ihre eigenen Väter und deren Handeln im Nationalsozialismus kritisch zu hinterfragen. Doch förderten erst die Ende der 1970er entstehenden Geschichtswerkstätten eine intensivere Erforschung der Lokal- und Regionalgeschichte.¹⁵

Für das ehemalige „AEL“ in Kiel finden sich für diese Zeit lediglich Hinweise auf Einzelinitiativen, die das Ziel verfolgten, überhaupt an die Lagergeschichte zu erinnern. Bezeichnenderweise kamen beide Impulse



Fotos: Frank Starost

Offizieller Gedenkstein von 1971, gestiftet von der Stadt Kiel

von außerhalb: zum einen 1964 von einem Zugezogenen, zum zweiten von einem Pastor, dessen Hartnäckigkeit 1971 dazu führte, dass ein erster Gedenkstein aufgestellt wurde. Sowohl die Gedenkanlage an sich als auch die Inschriften auf der Vorder- und Rückseite des verwendeten Findlings blieben ganz dem damaligen Zeitgeist verhaftet. Die Stadtverwaltung vermied inhaltliche Aussagen und übernahm zudem die NS-Terminologie vom „Arbeitserziehungslager“ – ohne diese den Terror und den Massenmord verharmlosende Bezeichnung in Anführungszeichen zu setzen.

Doch sollte es noch bis Anfang der 1980er Jahre dauern, bis deutlichere Kritik an dieser Form des Gedenkens artikuliert wurde. Erst im Zuge des Kieler NSG-Verfahrens gegen den NS-Täter Kurt Asche, der als ehemaliger Judenreferent im von Deutschland besetzten Belgien angeklagt wurde, entwickelte sich ein breiteres öffentliches Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus vor Ort.¹⁶

Statt einer Geschichtswerkstatt bildete sich in Kiel 1980 mit dem „Arbeitskreis Asche-Prozeß“ (AKAP) ein politischer Zusammenschluss, der bis zu seiner faktischen Auflösung 2006 eine der wenigen Initiativen war, die sich kontinuierlich der Erforschung und Vermittlung von Informationen über den Nationalsozialismus in der Region widmeten. Anfangs mit Öffentlichkeitsarbeit, Informationsständen und der Betreuung von Prozesszeuginnen und -zeugen befasst, entwickelte der AKAP 1982 seine „Antifaschistischen Stadtrundfahrten“, die unter anderem auch zum ehe-

maligen Lagergelände am Russee führten. Flankiert durch eine erste Broschüre der VVN aus demselben Jahr konnte sich eine interessierte Öffentlichkeit erstmals anhand von Zeitzeugenaussagen und einigen wenigen Dokumenten über die Lagergeschichte informieren.¹⁷

Aktive Mitglieder des AKAP entwickelten in der Folge zum einen den Ehrgeiz, im Sinne des Mottos „Grabe, wo du stehst“ die physischen Überreste des Lagers freizulegen, was zumindest bei dem ehemaligen SS-Gästehaus von Erfolg gekrönt war. Zum anderen nahm der nach Kiel gezogene Geschichtsstudent Detlef Korte seine Forschungstätigkeit auf, deren Ergebnisse er 1991 in einer Monografie zur Lagergeschichte publizierte.¹⁸ Kortens Engagement ist es auch zu verdanken, dass 1989 ein Videofilm über das AEL – „Wiedersehen nach 42 Jahren“ – veröffentlicht wurde.¹⁹ Im Rahmen der Dreharbeiten fand auch die bis heute einzige Einladung an ehemalige Häftlinge – überlebende Frauen aus Luxemburg – statt.²⁰

Im Gegensatz zu den Hamburger Geschichtswerkstätten traf der AKAP sich in der Zeit seines Bestehens immer als Arbeitsgemeinschaft in einem Kulturzentrum und entwickelte keine Initiative, eigene Räumlichkeiten zu beziehen. Mangels hauptamtlicher Stellen konnte seine Arbeit nur eingeschränkt Kontinuität entwickeln, und bis zum Schluss bestand der AKAP lediglich aus einem kleinen Kreis engagierter Menschen.²¹

Das politische Klima Mitte der 1980er Jahre förderte Nachfragen von Interessierten gegenüber der faktisch ignoranten Stadtverwaltung und dem Kommunalparlament. Auf der einen Seite versuchte die Geschichtsszene durch eine politische Anfrage der Grünen, eine Dokumentations- und Forschungsstätte zu realisieren. Diese Initiative blieb schließlich ergebnislos. Das einzige nennenswerte Resultat war eine Dokumentation zu allen Gedenkorten und -tafeln in der Stadt und die letztmalig 1995 öffentlich geäußerte Forderung nach Errichtung der Gedenkstätte.²²

Andererseits vollzogen die sich zumeist als Linke verstehenden Aktiven der kleinen Szene bewusst eine Abgrenzung von den unzulänglichen Aktionen der Stadtverwaltung. So überrascht es nicht, dass die Stadtrundfahrten des AKAP zeitweilig vom Verfassungsschutz beobachtet wurden und es einer kirchlichen Jugendgruppe zu verdanken ist, dass 1985 ein weiterer, diesmal mit mehr Informationen versehener Gedenkstein durch die Stadt Kiel aufgestellt wurde (s. S. 346). Auch dieser hatte Mängel, doch stellte er einen sichtbaren Fortschritt gegenüber dem vorherigem Zustand dar.²³

Die Zeit bis 1995 lässt sich als eine Art abgrenzende, ritualisierte Routine mit fehlender Kommunikation beschreiben. Während auf Seiten der Stadtverwaltung und des Stadtparlaments – mit Ausnahme der damaligen Stadtpräsidentin Silke Reyer – niemand in der SPD-dominierten Stadt ein großes Interesse an der „Aufarbeitung“ der NS-Vergangenheit zeigte, kriti-



Foto: Frank Starost (l), Monika Peters (r)

Städtischer Gedenkstein von 1985 (links), Stelenfeld „Appell“ von 1992 (rechts, Ausschnitt)

sierten die AKAP-Mitglieder sowie andere Aktive gebetsmühlenartig diesen Mangel und konnten sich keine konstruktiven Kooperationen bzw. Gespräche mit der Gegenseite vorstellen.²⁴

Die Enttäuschung über das Verhalten der Stadt war so groß, dass eine Zusammenarbeit undenkbar war, und bezeichnenderweise wurde die einzige qualitativ nennenswerte Aktion in dieser Zeit während des Stadtjubiläums 1992 durch Dritte initiiert: im Rahmen eines Projektes engagierter arbeitsloser Frauen, die Szenen zur Stadtgeschichte entwickelten und vorführten, wurde auch das ehemalige Lagergelände am Russee einbezogen. Mit „Appell“ – einem Stelenfeld in Erinnerung an die Insassen des Lagers – und durch ein individualisiertes Totengedenken mithilfe von blauen Bändern, auf denen die Namen der Ermordeten standen, kam es zum ersten Mal zu einer Aktivität jenseits der ritualisierten Veranstaltungen der Stadtverwaltung und der Informationsaktivitäten des AKAP auf seiner Stadtrundfahrt. Der künstlerische Wert der Installation verhinderte nicht, dass Neonazis das Stelenfeld so beschädigten, dass es nach wenigen Monaten abgebaut werden musste.²⁵

346

Die Installation des Stelenfeldes „Appell“ befruchtete 1995 zum 40. Jahrestag der Befreiung die dort gewählten Formen des Gedenkens. Im



Der „Gedenkzug KZ am Russee“ auf Höhe des Kieler Südfriedhofs (Mai 1995)

Rahmen von Veranstaltungen, die von einem sehr breiten Bündnis aus demokratischen, linken und autonomen Kreisen in Kiel vorbereitet wurden, entstand die Aktion „Spurensuche – Spurenlegen. Gedenkzug KZ am Russee“.

Neben einem über mehrere Kilometer führenden Gedenkzug vom ehemaligen Lagergelände in die Innenstadt mit Informationshaltepunkten zur Geschichte des Nationalsozialismus in Kiel knüpfte das Bündnis an die Idee des Gedenkens an die Ermordeten des Lagers wie bei „Appell“ durch zwei Aktionen an:

Zum einen erinnerten schwarze Trauerbänder, die in weißer Farbe die Aufschrift „Gedenkzug KZ am Russee“ trugen, an die Opfer; sie wurden während des Zuges in die Innenstadt öffentlich aufgehängt, um zu verdeutlichen, dass die Häftlinge des Lagers für alle wahrnehmbar auch in Kiel zu Arbeitseinsätzen außerhalb des „AEL“ durch die Stadt ziehen mussten. Zum zweiten stellte man für jedes namentlich bekannte Opfer einen kleinen gelben Grabstein mit roter Schrift her, der am Ende des Weges auf dem Kieler Rathausplatz ausgelegt wurde. Dieses symbolische Gräberfeld sollte die Bevölkerung und die Stadt an ihre eigene Geschichte erinnern und das Gedenken an eine zentrale Stelle Kiels tragen.



Foto: Bärbel Klon

Der „Gedenkzug KZ am Russee“ auf dem Rathausplatz (Mai 1995)

Versuche seitens des AKAP, die Stadtverwaltung und die politischen Verantwortlichen in der Folgezeit an ihre eigenen Arbeitsaufträge zu erinnern – schließlich stand noch der Beschluss zur Errichtung einer Dokumentations- und Forschungsstätte im Raum –, blieben ergebnislos. Erst ein zufälliger Fund führte im Herbst 2000 zum ersten und bisher einzigen Mal in der jahrzehntelangen offiziellen Kieler Vergangenheitspolitik dazu, dass tatsächlich ein Mitglied des Kommunalparlaments eigenständig aktiv wurde: Nachdem bei Bauarbeiten der Sockelüberrest eines Gedenksteins von 1946/47 gefunden worden war, engagierte sich der Vorsitzende des Kulturausschusses, Ulrich Erdmann (SPD), für eine Einbeziehung des Fragmentes in eine neue Gedenkanlage.

Vierte Phase: Zeitgeschichte wird Geschichte

Finanziell ermöglicht durch Mittel der EU und der Stadt Kiel und inhaltlich ausgestaltet durch den AKENS, wurde 2002/2003 der Gedenkort „Arbeits-erziehungslager Nordmark“ errichtet. Mit ihm veränderte sich das ritualisierte Gedenken vorläufig zum letzten Mal. Der Gedenkort wurde bewusst direkt auf dem ehemaligen Lagergelände errichtet, und zwar an den letzten



Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“, eingeweiht im Mai 2003

authentischen Überresten des Lagers: an den freigelegten Grundmauern des ehemaligen SS-Gästehauses.

Hier steht jetzt ein Gedenkstein, der die Sockelüberreste von 1946/47 integriert, ergänzt von drei Tafeln, auf denen zum ersten Mal umfassend über die Lagergeschichte informiert wird. Der Gedenkort wirkt wie ein Fremdkörper, denn er liegt mitten zwischen einem Fußballplatz, einer Tennisanlage und einem Wanderweg. An diesem befremdlich anmutenden Ort finden seit der Einweihung alle offiziellen Erinnerungsveranstaltungen statt. Hier führt der AKENS jedes Jahr im Mai zum Jahrestag der Befreiung einen Rundgang um das ehemalige Lagergelände durch. Veranschaulicht durch die wenigen erhaltenen historischen Fotos des Lagers kommt so deutlich zum Ausdruck, dass sich das heute von Gewerbe und Sportanlagen dominierte Gelände seit 1945 so massiv verändert hat, dass heute praktisch keine authentischen Spuren mehr zu sehen sind, wenn man sie denn nicht gezielt (auf)sucht.

Zwar beteiligt sich der AKENS auch an offiziellen Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar sowie am Volkstrauertag, doch tatsächlich besetzt er mit dem „Tag der Befreiung“ im Mai jeden Jahres bewusst einen Termin mit einer eigenständigen Veranstaltung, der als politisch relevanterer Tag der Er-



Foto: Frank Starrost

Infotafel am Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“

innerung an das historische Geschehen gelten kann.

Konzeptuell hat sich die Art und Weise der Stadtführungen zum Thema „AEL“ im Laufe der Zeit von einer Mischung aus Geschichtsvermittlung, Betroffenheit, Wut und linker „Agitation und Propaganda“ in Richtung politischer Geschichtsvermittlung verändert. Ein – faktisch entmündigender – Anspruch an Schülergenerationen, dass sie die NS-Vergangenheit wichtig zu finden und sich dafür zu interessieren hätten, ist der Gelassenheit lediglich Anstöße geben und Geschichtsinteresse sowie politisches Bewusstsein nicht verordnet werden können.²⁶ Dies ist nicht zu verwechseln mit einer Rich-

tung von Geschichtsvermittlung, die sich scheinbar wertfrei lediglich auf die Wiedergabe von Fakten zurückzieht, statt Geschichte in den jeweiligen aktuellen Kontext ihrer Interpretation zu stellen und Denkanstöße und Diskussionen zu fördern.

Auch für den Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ stellt sich die Frage, was es zukünftig für die eigene Vermittlungsarbeit bedeutet, dass Zeitgeschichte zu Geschichte geworden ist und in Folge des Sterbens von Zeitzeugen nur noch abstrakt vermittelt werden kann. Eine Debatte darüber, welche Folgen dies auf die konkrete praktische pädagogische und politische Vermittlungsarbeit haben muss, steht noch aus.

Fazit

350

Für den Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ am Russee lassen sich eingeschränkt alle Phasen des Umgangs mit dem Gedenken nachvoll-



Führung am Gedenkort: Frank Omland mit einer Luftaufnahme des „Arbeitserziehungslagers“

ziehen, die es auch in Westdeutschland auch andernorts gegeben hat. Was aktuell fehlt, ist eine Instanz, die eine Debatte begleiten kann, wie Gedenken in Schleswig-Holstein zukünftig aussehen soll. Die Versuche der Heinrich-Böll-Stiftung, dies durch die Landesgedenkstättenseminare voranzutreiben, erwies sich als weniger ergiebig, als sich die engagierten Beteiligten gewünscht hatten.²⁷ Und auch die Versuche, dies durch die Bürgerstiftung zu institutionalisieren, greifen – zumindest im öffentlichen Diskurs – zu kurz. Als ein zentraler Geldgeber für die zumeist ehrenamtlich betriebenen Gedenkstätten in Schleswig-Holstein kann die Bürgerstiftung die dafür notwendige Neutralität (noch) nicht aufbringen.²⁸

Meines Erachtens wird hier zu wenig das grundsätzliche Dilemma der Arbeit vor Ort beachtet: Es gibt faktisch keine kontinuierlichen hauptamtlichen Strukturen, die im Sinne eines landesweiten Bildungs- und Gedenkstättenreferats die ehrenamtliche Arbeit entlasten und durch Fortbildungsangebote fördern könnten. Die Ehrenamtlichen vor Ort haben hingegen schon genug mit der konkreten Arbeit für die eigenen Gedenkstätten zu tun, als dass sie es sich leisten könnten, geschichtspolitische Diskurse zu führen und – neben der eigenen Berufstätigkeit – ganze Wochenendseminare zu besuchen.



Fotos: Eckhard Collmorgen

„Stolpersteine“: Erinnern an Heinrich Wegener (KPD) und Otto Eggerstedt (SPD)

Offizielle Defizite, private Initiativen

Auf Kiel bezogen muss sich die Landeshauptstadt auch heute noch fragen lassen, was sie selbst dazu beigetragen hat, dass die NS-Vergangenheit vor Ort nicht in Vergessenheit gerät. So ist kritisch anzumerken, dass auch in den letzten zehn Jahren geschichtspolitisch schwere Fehler gemacht worden sind. Dies fängt an mit dem Abriss des U-Boot-Bunkers Kilian zugunsten des Hafenausbaus im Jahr 2000/2001, denn dadurch musste die am historischen Ort der Kieler Aufrüstung geplante Gedenkstätte in den Flandernbunker am Tirpitzhafen ausweichen. Praktisch führte das zu einer ungeplanten Schwerpunktverschiebung – statt „Aufrüstung und Militär“ steht nun „Die Kieler Bevölkerung als Opfer des Bombenkriegs“ im Fokus.²⁹

Die unkritische Sichtweise zum Militarismus setzt sich auch in der Ausschilderung zum U-Boot-Mahnmal Möltenort bei Kiel fort. Ähnlich wie beim Mahnmal in Laboe und bei den Kriegsgräberfriedhöfen sind alle diese Gedenkort sehr gut durch Hinweise ausgeschrieben.³⁰ Dagegen fällt auf, dass bis Oktober 2008 eine Ausschilderung zum Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ vollständig im Stadtbild fehlte und ein erster Versuch der Stadtverwaltung, dies zu ändern, aufgrund einer unreflektierten Namensgebung rückgängig gemacht werden musste: die Formulierung „Arbeitserziehungslager Nordmark“ auf dem Hinweisschild statt „Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark““ führte zu Protesten von Anwohnern und einer erfolgreichen Intervention des AKENS bei der Stadtverwaltung.

Bezeichnend ist auch, dass das Hauptgebäude des Verfolgungsapparates, die ehemalige Gestapo-Zentrale für Schleswig-Holstein im Stadtteil

Düsternbrook, eben nicht auf Initiative der Stadt Kiel, sondern wiederum auf Betreiben Dritter im Jahr 2000 mit einem künstlerisch und inhaltlich gelungenen Mahnmal versehen worden ist.³¹

Aktuelleren Datums sind die im Jahr 2005 begonnenen Aktivitäten der Stadt Kiel zur Verlegung von Stolpersteinen für die Opfer des Nationalsozialismus. Ungeachtet der Frage, ob man ein Befürworter oder ein Kritiker des Projekts Stolpersteine ist,³² bleibt es ein faktisch nicht offen thematisierter gedenkpolitischer Skandal, dass die Stadtverwaltung tatsächlich lediglich für die als „Juden“ verfolgten Menschen Steine verlegen lassen wollte.³³ Ein entsprechender Beschluss des Kulturausschusses vom Mai 2005 führte am 11. Oktober 2006 zu einer ersten Verlegung von 15 Stolpersteinen als Erinnerung an die Ermordeten.

Die CDU lehnte die Verlegung für andere Opfergruppen ab, weil ihrer Ansicht nach die Ausdehnung der Verlegung einer Gleichgültigkeit durch Gewöhnung Vorschub leisten würde. Die SPD hingegen behauptete, dass das Projekt Stolpersteine lediglich an jüdische Opfer erinnern soll, womit sie ihre völlige Unkenntnis über diese Gedenkaktion offenbarte. Zusammen mit der konservativ-bürgerlichen Presse war man sich damit unabsprochen einig, dass anderer Opfergruppen nicht gedacht werden solle. Es bedurfte der Gegeninitiative der Gewerkschaft ver.di, um hier langsam einen Bewusstseinswandel bei Parteien und Stadtverwaltung durchzusetzen, der schließlich im August 2007 in die Verlegung von Stolpersteinen auch für Menschen aus anderen Verfolgten Gruppen mündete.

Und mehr als bezeichnend ist auch, dass die Stadt Kiel es tatsächlich positiv bewertete, dass mit dem Kieler Yachtclub eines der zentralen Gebäude an der Kieler Förde völlig unkritisch nach dem als Kriegsverbrecher verurteilten Alfred Krupp benannt wurde, weil die Thyssen-Krupp AG zur Rettung des Clubs finanziell eingesprungen war. Anstelle einer anstehenden Diskussion um die Person Krupps und die Rolle des Konzerns



Gedenkstätte vor der ehemaligen Gestapo-Zentrale in der Kieler Düppelstraße 23

in Kiel im Nationalsozialismus reicht es heute leider wieder aus, dass Geld für einen „Standort“ ausgegeben wird, und jedwede Kritik verstummt zugunsten eines Lobs.³⁴

Der Umstand, dass wenige Monate später die Universität Kiel ein Richtfest für ihr neues Gästehaus absagte, weil man sich über die NS-Vergangenheit der angedachten Namensgeberin Waltraud Hunke nicht informiert hatte, lässt den Jubel der Landeshauptstadt über die zuvor genannte „Rettung“ umso bedenklicher erscheinen.³⁵

Zu dieser Haltung passt die Ignoranz der politisch Verantwortlichen gegenüber der Idee, zumindest das stadtgeschichtliche Museum so auszubauen, dass dort eine Dauerausstellung unter Einbeziehung des Nationalsozialismus installiert werden könnte. In Kiel finden sämtliche offiziellen Gedenkaktivitäten nur so lange statt, wie sie entweder ritualisiert sind oder durch Dritte angestoßen werden; zuletzt geschehen im Rahmen des 75. Jahrestags der kommunalen NS-Machtergreifung am 12. März 2008.³⁶ Ohne Impulse und Anregungen von außen sind die kommunalpolitisch Verantwortlichen anscheinend weder bereit noch in der Lage, die Auswirkungen von Stadtgeschichte auf das Heute als Teil der heutigen Geschichte zu betrachten. Damit unterscheiden sie sich ironischerweise in keinem Punkt von der Klientel, die sie in Gedenkreden als Hauptzielgruppe für die Beschäftigung mit Geschichte ausgemacht haben: den jugendlichen Schülerinnen und Schüler (denen in der Regel Desinteresse unterstellt und vorgehalten wird, sie müssten mehr Interesse zeigen, ohne die dahinter stehende eigene entmündigende Haltung zu reflektieren).

Während der Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ verwaltungstechnisch von der Stadt Kiel gepflegt wird und der AKENS sich für die inhaltliche Vermittlung zuständig fühlt, ist tatsächlich nicht eindeutig geklärt, ob sich jemand seitens der Stadt Kiel für den Gedenkort engagiert und verantwortlich sieht.

Überlegenswert wäre es sowohl für Kiel wie für das gesamte Land Schleswig-Holstein, das Gedenken und die Gedenkstättenlandschaft zu erfassen und vor diesem Hintergrund einen kontinuierlichen Prozess zu beginnen, der zum Ziel hat, das Ob und Wie des Gedenkens an sich zu reflektieren und handlungsorientierte Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Zu fragen ist auch, ob die Landeszentrale für politische Bildung, die Bürgerstiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung als Organisatorinnen der Gedenkstättenseminare dabei regelhaft die Rolle übernehmen könnten, zusammen mit den ehrenamtlich engagierten Beteiligten vor Ort dazu ein Konzept zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen.

Kiel als Landeshauptstadt muss für sich die grundsätzliche Frage klären, ob und wie Gedenken in der Stadt zukünftig stattfinden soll. Meines

Erachtens wäre neben einer historischen Darstellung im Rahmen einer stadtgeschichtlichen Dauerausstellung und einer angemessenen Ausschilderung zum Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ überlegenswert, einen exemplarischen Gedenkstättenführer zu Kiel seitens der Landeszentrale für politische Bildung zu erstellen und durch die Bürgerstiftung eine politische Debatte über das Gedenken im Land zu führen, die auch und gerade die in den größeren Städten verantwortlichen Politiker mit einbezieht.

Letztere fallen durch ihr Verhalten häufig genug in eine Phase des Gedenkens zurück, die wir eigentlich schon hinter uns gelassen zu haben glaubten – die des geschichtsrevisionistischen Verdrängens der NS-Vergangenheit. Der wichtigste Unterschied ist allerdings, dass dies nicht mehr aus einer bewussten Haltung resultiert, sondern faktisch auf einer gepflegten geschichtspolitischen Ignoranz fußt. Dies macht es deutlich schwieriger, dagegen mit geschichtlicher Aufklärung anzuarbeiten, denn die beteiligten Politiker scheinen das Problem ihrer Haltung schlichtweg nicht zu sehen.

Anmerkungen

1. Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit. München/Wien 1995, S. 25-34.
2. Detlef Korte, „Erziehung“ ins Massengrab. Die Geschichte des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ Kiel-Russee 1944–1945. Kiel 1991; Arbeitskreis Asche-Prozeß/Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (Hg.), Dokumentation zum Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“. Materialien, Fotos und Dokumente zu einer Haftstätte der schleswig-holsteinischen Gestapo in Kiel 1944–1945. Redaktion: Frank Omland. Kiel 2003.
3. Vgl. Thomas Lutz, Gedenken ohne Erinnerung? Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland. In: *ISHZ* 41/42 (2003), S. 296-313; Detlef Garbe, Die Zäsur Ende der 1970er Jahre. Zur Geschichte der Gedenkstätten in Schleswig-Holstein. In: *ISHZ* 41/42 (2003), S. 314-329. Vgl. auch Frank Omland, Gedenken inmitten von Fußballplatz, Tennisanlage und Wanderwegen: Der Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ in Kiel. In: Gedenkstätten-Rundbrief Nr. 145 (10/2008), S. 18-29.
4. Lutz, Gedenken, S. 298.
5. Vgl. etwa die Schilderungen des langjährigen VVN-Vorsitzenden Fritz Bringmann, Erinnerungen eines Antifaschisten 1924–2004. Hamburg 2004, S. 136-138. Bringmanns Bewertungen der Konkurrenz zwischen SPD und KPD-Verfolgtenverbänden sind allerdings subjektiv und verschleiern, dass auch die VVN damals kein parteiungebundener Verfolgtenverband war.
6. Vgl. die Berichte aus der sozialdemokratischen *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung*, abgedruckt in Fritz Bringmann, „Arbeitserziehungslager Nordmark“. Berichte, Erlebnisse, Dokumente. Kiel o.J. [1982/83].
7. Uwe Carstens, Die „Wohnkolonie Rendsburger Landstraße“. Vom Arbeitserziehungslager zum Flüchtlingslager. In: Demokratische Geschichte 9 (1995), S. 260. Vgl. dazu Korte, „Erziehung“, S. 228 (fälschlicherweise bei Carstens mit S. 249 angegeben.)
8. Rede des damaligen AKENS-Vorsitzenden, Eckhard Colmorgen, bei der Einweihung des Gedenkortes. Abgedruckt in: *ISHZ* 43 (2004), S. 90-95.

9. Lutz, Gedenken, S. 299. Zur Entwicklung der KZ-Gedenkstätten Ende der 1940er / Anfang der 1950er Jahre siehe Garbe, Zäsur, S. 315-317.
10. Vgl. die Sichtweise von Bringmann, Erinnerungen, S. 132-134 sowie S. 165ff. – Anm.: Einerseits verdankte die Nachkriegsgesellschaft es gerade der VVN, dass überhaupt Informationen zu NS-Funktionären bekannt wurden; andererseits war die VVN weder dazu in der Lage noch bereit, sich kritisch mit der Politik der KPD im Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Die Aufrechterhaltung eines Mythos des heldenhaften Widerstandes war dabei auch Reflex auf die beginnende Re-Nazifizierung und den Antikommunismus.
11. Garbe, Zäsur, S. 317-318.
12. Vgl. dazu Renate Dopheide, Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus in Kiel und Umgebung. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte Band 77, Heft 4. Kiel 1993, S. 174 (Eichhof-Friedhof) und S. 153-157 (Nordfriedhof) sowie Uwe Danker/Irene Dittrich, Verscharrt, Verdrängt, Vergessen. NS-Opfer auf dem Friedhof Eichhof/Kiel. Kiel 1992, S. 15ff.
13. Vgl. dazu Korte, „Erziehung“, S. 229-230.
14. Ebd., S. 253.
15. Lutz, Gedenken, S. 299.
16. Vgl. Arbeitskreis Asche-Prozeß (Hg.), Dokumente. Der Asche-Prozeß. Kiel 1985.
17. Vgl. Bringmann, „Arbeitserziehungslager Nordmark“.
18. Grundsätzlich: Korte, „Erziehung“. Vgl. zur Biografie Kortes: Detlef Korte (1956–1995). In: *ISHZ* 28 (1995), S. 3-7.
19. „Wiedersehen nach 42 Jahren – Die Geschichte des Arbeitserziehungslagers Nordmark“, Videofilm über das ‚AEL Nordmark‘ (1989) von Irene Dittrich, Kay Gerdes und Detlef Korte.
20. Die von Uwe Danker geäußerte Kritik, dass der AKAP lediglich einmal ehemalige Häftlinge eingeladen hat, geht meines Erachtens an der Sache vorbei (www.gedenkstaetten-sh.de/aktuell/danker2.htm, 31.5.2008). Der Adressat der Kritik muss viel deutlicher die Stadt Kiel sein, nicht ein kleines Häuflein Aktiver, die sich bereits um vielfältige Belange kümmern. Detlef Korte war Historiker, verdiente seinen Lebensunterhalt ganztags als Buchhändler, schrieb an seiner Dissertation und managte zusammen mit Eckhard Colmorgen den AKENS und den AKAP. Die Hauptamtlichen der Stadt Kiel blieben hingegen untätig.
21. Der AKAP hat neben hunderten von Stadtführungen zu sehr unterschiedlichen Themen insbesondere durch zwei Publikationen von sich reden gemacht, 1994 durch eine faktische Lehrer-Handreichung und 1998 durch die ausgewählte Dokumentation seiner Stadtführungen zu Kiel: Arbeitskreis Asche-Prozeß (Hg.), Kiel im Nationalsozialismus. Materialien und Dokumente. Kiel 1994; Arbeitskreis Asche-Prozeß (Hg.), Antifaschistische Stadtführungen. Kiel 1933–1945. Stationen zur Geschichte des Nationalsozialismus in Kiel. Kiel 1998. Die 2003 vom AKAP und AKENS herausgegebene Dokumentation zum AEL (siehe Anm. 2) beruht zur Hauptsache auf dem Einzelengagement eines in beiden Arbeitskreisen Aktiven. Zudem muss man wissen, dass die wenigen Mitglieder des AKAP spätestens ab 1995 alle AKENS-Mitglieder waren und der AKENS-Vorstand mit Detlef Korte (bis zu dessen Tod 1995) und Eckhard Colmorgen (1991 bis 2003 im Vorstand) entscheidend von den Kieler Aktiven geprägt wurde.
22. Vgl. Dopheide, Gedenkstätten, S. 141-143.
23. Korte, „Erziehung“, S. 256.
24. Berühmt-berüchtigt sind die Auseinandersetzungen zwischen dem damaligen Leiter des Stadtarchivs und der städtischen Museen, Jürgen Jensen, und denjenigen, die zur NS-Zeit forschen wollten. Das Streitklima war zeitweise so eskaliert, dass auch im AKAP das Archiv als Gegner angesehen wurde und Akteneinsichten etwa durch den Verfasser nur ohne Angabe des Zusammenhangs AKAP durchgeführt wurden. – Zur Aktion „Spurensuche – Spurenlegen“ vgl. die Zusammenfassung bei Omland, Gedenken.
25. Zu den Veranstaltungen im Jahr 1992 siehe den Bericht von Frank Omland, 750 Jahre Kiel. Anmerkungen zum Stadtjubiläum. In: Station to station, September 1992, S. 43-45. Vgl. auch Omland, Gedenken.

26. Vgl. dazu die „Materialien für den Geschichtsunterricht 3. Das „Arbeiterziehungslager Nordmark“. Eine Haftstätte der schleswig-holsteinischen Gestapo in Kiel 1944–1945“. Hg. vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund in Kooperation mit dem Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (AKENS). Redaktion: Detlev Kraack. Zusammengestellt von Frank Omland.
27. Vgl. dazu die Bewertungen bei Stephan Linck, Das Beispiel Kiel. 5. Landesgedenkstätten-tagung: Perspektiven und Konzepte. In: *ISHZ* 48 (2007), S. 116-121. Der AKENS hat sich insbesondere an den beiden letzten Seminaren 2005 und 2006 beteiligt. Davor hatte der AKENS 1998 mit seinem Seminar zu den „Antifaschistischen Stadtführungen“ in Kiel einen ersten Versuch der Diskussion und Vernetzung der zumeist ehrenamtlich Aktiven unternommen.
28. Vgl. die Beiträge auf der Website der Bürgerstiftung unter www.gedenkstaetten-sh.de (31.5.2008).
29. Letzte Führung nach der Sprengung des Bunkers. In: *Kieler Express*, 25.11.2000. – Vgl. zur Auseinandersetzung um die Bunkerruine: Jens Rönnau/Verein Mahnmahl Kilian e.V. (Hg.), *Stolpersteine der Geschichte. Die Ruine des Kieler U-Bootbunkers als Mahnmahl und Herausforderung. Kunst. Geschichte. Meinungsstreit.* Kiel 1997. Robert Bohn/Markus Oddey, *U-Bootbunker „Kilian“. Kieler Hafen und Rüstung im Nationalsozialismus.* Bielefeld 2003, S. 175ff. (= Sonderveröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, 44)
30. Vgl. dazu die Kritik von Linck, Beispiel Kiel, S. 116-121.
31. Vgl. dazu Ekkehard Wienholtz, Einweihung des Mahnmals am Polizeirevier in der Düppelstraße. In: Förderverein Freundeskreis zur Unterstützung der Polizei in Schleswig-Holstein e.V. (Hg.), *Täter und Opfer unter dem Hakenkreuz. Eine Landespolizei stellt sich der Geschichte.* Kiel 2001, S. 26-28.
32. Am bekanntesten ist die ablehnende Position der jüdischen Gemeinde in München. Eine gute Zusammenfassung der kritischen Stimmen findet sich in einem Aufsatz der Leiterin der Gedenkstätte Alte Synagoge Wuppertal: Ulrike Schrader, *Die „Stolpersteine“ oder Von der Leichtigkeit des Gedenkens. Einige kritische Anmerkungen.* In: *Geschichte im Westen. Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte* 21 (2006), S. 174-181.
33. Vgl. zum Folgenden Eckhard Colmorgen, *Vom administrativen Umgang mit Erinnerung. Die Umsetzung des Projekts „Stolpersteine“ in Kiel.* In: *ISHZ* 49 (2007), S. 110-116.
34. Vgl. die völlig unkritische Berichterstattung „Alfried Krupp schaut voraus“. In: *Kieler Nachrichten*, 14.8.2007. Vgl. im vorliegenden Heft S. 335.
35. Vgl. „Stifterin mit Nazi-Vergangenheit...“. In: *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung*, 6.12.2007 (abgedruckt in *ISHZ* 49 (2007), Pressespiegel, S. 176). Vgl. auch Nils Hinrichsen, *Vom Mythos zum Markenzeichen. Hitlers Steigbügelhalter Hindenburg als Namenspatron für öffentliche Orte in Schleswig-Holstein.* In: *ISHZ* 50 (2008), S. 320-339.
36. Hier hatte die rührige Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte den Anstoß gegeben und faktisch die Veranstaltung in die Hand genommen. Siehe die Veranstaltungsankündigung: 12. März 1933. 12. März 2008. *Kiel und der Nationalsozialismus. 75. Jahrestag der Kommunalwahl vom 12. März 1933.* Einladung.

Der Autor

Frank Omland, geb. 1967, Dipl.-Sozialpädagoge, wohnhaft in Hamburg. Seit 1991 aktives Mitglied im AKENS, seit 2003 im Vorstand. Veröffentlichungen u.a.: „Du wählst mi nich Hitler!“. Reichstagswahlen und Volksabstimmungen in Schleswig-Holstein 1933–1938 (Hamburg 2006), div. Aufsätze zum Forschungsschwerpunkt Wahlen und Abstimmungen 1919–1933 in Schleswig-Holstein.